

Kirchen und Friedensverbände gegen militärischen Einsatz in Syrien

Zur Besonnenheit ermutigen

In einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages betrachtet der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden den Beschluss des Parlaments mit Sorge und distanziert sich ausdrücklich von der Entscheidung. In den Schreiben heißt es: „Die Terroranschläge in Paris waren ein Verbrechen, kein militärischer Angriff auf Frankreich und seine Verbündeten.“ Und weiter: „Auch wir meinen, dass wir unsere französischen Freunde in dieser Zeit der Bestürzung nicht alleine lassen dürfen. Ein Zeichen echter Freundschaft wäre es nun, sie auch kritisch zu begleiten. Die Kriegsrhetorik und der Aufruf zu den Waffen erscheint uns von dem reflexhaften Wunsch nach Vergeltung und Bestrafung der vermeintlichen Täter getrieben zu sein. Solidarität müsste sich darin erweisen, vor blindwütigem Handeln zu bewahren und zur Besonnenheit zu ermutigen.“

Der Vorstand zeigt sich nicht davon überzeugt, „dass durch weitere militärische Einsätze mehr Sicherheit geschaffen“ würde, sondern befürchtet „in der Folge eine noch stärkere Ausbreitung des Terrors, da militärische Einsätze genau der Gewaltlogik folgen, die von Terroristen kultiviert wird.“

Der Brief kann im Internet heruntergeladen werden unter <http://www.mennonews.de/wp-content/uploads/2015/12/2015-12-AMG-Brief-zum-Militaerischen-Einsatz-Syrien.pdf>

Zur Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) gehören drei mennonitische Gemeindeverbände mit insgesamt 54 Gemeinden. Mennoniten verstehen sich als Teil der weltweiten Christenheit und gelten als älteste Freikirche

und historische Friedenskirche. Weitere Informationen unter www.mennoniten.de

Ausweitung der Gewalt befürchtet

Auch die Vorstände der beiden evangelischen Friedensverbände Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) kritisieren den Einsatz der Bundeswehr in Syrien und befürchten dadurch eine Ausweitung der Gewalt. Stattdessen fordern AGDF und EAK politische Verhandlungen und ein verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement, heißt es in einem gemeinsamen Vorstandsbeschluss beider Verbände.

Nach Ansicht von AGDF und EAK bedeute das militärische Eingreifen neuer Staaten in Syrien eine weitere Eskalation der Gewalt mit vielen weiteren zivilen Opfern und führe zu einer Stärkung des islamistischen Terrorismus in der Region. „Terroristen sind mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen, dem IS-Terror müssen seine Grundlagen (Finanzen, Waffen, Ideologie, Zulauf) entzogen werden“, betonen die beiden Organisationen.

Deutschland trage wie andere westliche Staaten eine Mitschuld an den Ursachen des Terrors. Notwendig seien ein Verbot von Rüstungsexporten, Mittel gewaltfreier Konflikttransformation sowie langfristige Strategien für mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, unterstreichen EAK und AGDF. „Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer in den vielen Orten, in denen Opfer des Terrorismus zu beklagen sind, und der Opfer von Krieg“, hoben die beiden Friedensverbände hervor.

Fehlendes UN-Mandat

AGDF und EAK unterstützen damit ausdrücklich die Position des Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahms, dessen Stellungnahme sie begrüßten. Brahms hatte in einem Positionspapier am 2. Dezember vor einem Einsatz der Bundeswehr in Syrien gewarnt und dabei auch auf das fehlende

Mandat des UN-Sicherheitsrates hingewiesen, welches nach den Grundsätzen evangelischer Friedensethik für einen militärischen Einsatz als äußerstes Mittel einer rechtserhaltenden Gewalt zwingend erforderlich sei. Der EKD-Friedensbeauftragte hatte zudem betont, dass eine militärische Intervention den sogenannten Islamischen Staat nur stärke und die immer lauter werdende Kriegsrhetorik in die Irre führe.

Gewaltspirale beenden und den Dialog suchen

Zuvor hatte bereits der Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien und Irland, Pastor Ian Sweeney, die Entscheidung des britischen Parlaments kritisiert, mit Luftangriffen in den Syrienkonflikt einzugreifen. Er rief dazu auf, die Gewaltspirale zu beenden und den Dialog zu suchen, da Gewalt nur das erzeuge, was sie beseitigen wolle. Dunkelheit könne die Dunkelheit nicht vertreiben, das schaffe nur das Licht.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sehe durchaus, dass die Bekämpfung des Terrorismus sowie Fragen in dessen Zusammenhang komplex und sehr vielfältig seien. Dennoch wären die Adventisten dem Frieden verpflichtet. Sie appellierten deshalb an alle am Syrienkonflikt beteiligten Parteien, die militärischen Aktivitäten einzustellen und sich friedlichen Konfliktlösungsmethoden zuzuwenden. „Es ist unsere Überzeugung, dass Dialog und Verhandlungen zwar schwierig, aber Gewalt und Krieg vorzuziehen sind“, so Sweeney. Die Schwäche der Gewalt sei, dass sie eine Spirale nach unten darstelle und genau das erzeuge, was sie zu zerstören suche. Anstatt das Übel zu vermindern, vervielfältige sie es. Das gelte sinngemäß auch für den Bundeswehreinsatz in Syrien, betonte Holger Teubert, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.
